

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

stellen Sie sich doch bitte einmal vor, die sogenannten „Aktivisten“, die sich nicht nur auf Berlins Straßen „für das Klima“ festkleben, hätten andere Ziele. Sie könnten beispielsweise für eine strikte Begrenzung der illegalen Migration in das deutsche Sozialsystem eintreten oder eine sofortige Aufhebung der Maskenpflicht in Bus und Bahn. Ihnen wäre sofort eine deutschlandweite Ablehnung, angestachelt von großen Teilen der Politik und den einschlägigen, selbsternannten „Qualitätsmedien“ sicher. Man würde nicht müde, vor ihnen als „rechte Demokratiefeinde“ zu warnen und die systemtreuen Leitartikel-Autoren wären in Aufruhr.

Vor etwa 14 Tagen wäre die Stimmung dann endgültig gekippt und die angeblich „rechten Demokratiefeinde“ wären von Medien und großen Teilen der Politik endgültig kriminalisiert worden. Was war geschehen? Es ging und geht um eine lebensgefährlich verletzt unter einem Betonmischer liegende Radfahrerin und Hilfskräfte, die in einem Stau steckten, der von Klebe-Demonstranten provoziert worden war. Die etwa 40-jährige Frau ist inzwischen verstorben. Natürlich kann niemand mit Sicherheit sagen, daß es einen direkten Zusammenhang mit der erst verspätet eingetroffenen Hilfe gibt, aber der traurige Verdacht liegt nahe.

Die Blockierer wurden dann aber zunächst einzig und allein von der Berliner Feuerwehr kritisiert, der politische Betrieb zeigte eine verwunderliche Gelassenheit. Als erster wagte sich der grüne Co-Vorsitzende Omid Nouripour aus der Deckung, indem er sagte: „Wer durch Protestaktionen die Rettung von Menschenleben gefährdet, diskreditiert nicht nur die hehren Ziele, für die er/sie kämpft, sondern verspielt damit auch Glaubwürdigkeit.“ Nouripours hinter diesen Worten versteckte Botschaft lautete also nicht „Freunde, was Ihr da macht, ist kriminell“, sondern „Vorsicht, Ihr verspielt Sympathien“!

Noch deutlicher wurde ein im Internet aktiver Kommentator, der diesen tragischen Vorfall kurzerhand mit „Shit Happens“ abtat. Der Mann, der sich selbst als „Aktivist für globale Klimagerechtigkeit“, als „durchtriebene Schlampe“ und „Politikwissenschaftler“ beschreibt, ruderte später zwar zurück. Doch sein „Shit Happens“ fasste die öffentlich verbreitete Meinung (leider) sehr gut zusammen.

Wenn es angeblich um das Klima geht, drücken die Repräsentanten dieses Staates gerne alle Augen zu. Kaum jemand wagt es, die Menschen, die sich auf Hauptstraßen festkleben, laut und deutlich als das zu bezeichnen, was sie sind: Extremisten, die Straftaten begehen und dabei wissentlich das Leben anderer gefährden. Ihre Taten lassen sich unter anderem als gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr einstufen und sind damit kriminell. Und Ähnliches gilt auch für Leute, die in Kunstmuseen Ausstellungsstücke mit Brei und Suppe bewerfen. Wenn sie bei genauerer Untersuchung nicht ohnehin für unzurechnungsfähig befunden werden sollten.

Es ist leicht vorstellbar, mit welcher Konsequenz Staat und Medien gegen solche Leute wohl vorgehen würden, um dies noch einmal zu sagen, wenn diese andere Ziele hätten. Kein Mensch würde verniedlichend von „Migrationsbegrenzungs-Aktivisten“ oder „Corona-Aktivisten“ sprechen. Sie wären z.B. Demokratiefeinde, Extremisten und/oder Nazis. Und die Forderung nach einem entschlossenen Vorgehen gegen sie würde nicht nur die Schlagzeilen und Leitartikel füllen, sondern auch durch die Bundestags-Flure schallen. Doch im Fall der angeblichen „Klima-Aktivisten“ war davon für eine viel zu lange Zeit nichts, aber auch gar nichts zu spüren. Erst nach und nach merkten einige Regierungsvertreter, daß es mit dem bisherigen Kuschelkurs nicht weitergehen kann. Von konkreten Gegenmaßnahmen war bisher allerdings so gut wie nichts zu spüren, es blieb bislang bei dem Hinweis, daß derartige Taten nach Recht und Gesetz geahndet werden sollten.

Bei den Grünen ist ihre offenkundige Sympathie mit den „Klima-Aktivisten“ durchaus zu verstehen. Halten diese „Klima-Kriminellen“ doch eine Urangst der Menschen am Leben (Furcht vor dem Verlust der Lebensgrundlage), mit deren sorgfältiger Pflege die Grünen erst politisch bedeutend wurden. Und nicht zuletzt träumt man in der extrem linken „Grünen Jugend“ ohnehin von einer Deindustrialisierung Deutschlands. Es bleibt ein Blick auf die beiden anderen derzeitigen Regierungsparteien. In der früheren Arbeiterpartei SPD schaut man inzwischen lieber zu, wie das ehemalige Kernklientel, das überhaupt noch zur Arbeit geht und nicht auf Grundsicherung und Bürgergeld spekuliert, davon abgehalten wird, den Arbeitsplatz pünktlich zu erreichen. Und seitens der FDP meldet man sich sogar dann kaum mehr zu Wort (von einigen Ausnahmen wie Wolfgang Kubicki abgesehen, der sich dies aufgrund seines Alters und seiner beruflichen Stellung erlauben kann!), wenn es um die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke geht.

Es ist ein Verhalten, das in allen Fällen wohl aus einer Mischung von Opportunismus und Angst resultiert. Man kann es aber auch als „Trauerspiel“ bezeichnen . . . (tb)

2 Musk räumt bei Twitter auf

Die „Übernahmeschlacht“ von US-Milliardär Elon Musk um den Nachrichtendienst „Twitter“ mutete wie ein Kindergartengezänk an. Zutiefst erschrak die internationale Linke und insbesondere das sozialistische Establishment in den USA, als der Milliardär für den Nachrichtendienst 44 Mrd. US-Dollar zu bezahlen bereit war. Offenbar ist Twitter eine wesentliche Säule der weltweiten linken Meinungsmache sowie Wahlkampfmaschine der Sozialisten in den verschiedensten Ländern. Fast alle Sozialismus-kritischen Meldungen wurden unterdrückt, deren Autoren gesperrt und über Maschinen erzeugte und im sozialistischen Sinne geprägte Beiträge eingestellt, um eine linke Meinungsmehrheit zu suggerieren. Dies soll nun unter Musk beendet werden. Dazu entließ er zunächst die Hauptverantwortlichen für die Meinungszensur. Die US-Administration zeigte sich schockiert und verärgert, weil sie nun um ihre bisherige „Meinungshoheit“ auf Twitter fürchten muß.

Unternehmenskenner unterrichteten Elon Musk darüber, daß nicht allein Twitter, sondern auch „Partnerunternehmen“ wie Google und Meta (ehemals Facebook) unzählige computergenerierte Mitteilungen im Sinne des Sozialismus erstellen würden. Ein nicht unerheblicher Anteil der „Fake-Accounts“ bei Twitter würde wiederum auf diese computergenerierten Falschnachrichten der anderen (ehemals partnerschaftlichen) Konzerne verweisen. Auf diese Weise sollte der Anschein erweckt werden, daß die so generierten sozialistischen und „woken“ Ansichten in der Bevölkerung mehrheitsfähig wären. Tatsächlich beschränken sie sich aber auf eine geringe Minderheit, die dank „Big Tech“ und anderer Aktivitäten eine scheinbare Überhand in den sozialen Netzwerken erlangt hatte. (eh)

3 Israel rechnet mit vielen Einwanderern aus Russland

Seit Beginn des Ukraine-Krieges im Februar dieses Jahres wickelte die „Jewish Agency for Israel“ die Einwanderung von 13 000 ukrainischen und annähernd 25 000 russischen Juden ab. Hinzu kommen etwa 27 000 Ukrainer und mehr als 35 000 Russen, die seitdem als Touristen nach Israel einreisten und die zunächst die weitere Entwicklung in ihren Herkunftsländern abwarten wollen. Im Vorjahr 2021 siedelten insgesamt 28 000 Juden aus aller Welt nach Israel über, in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres waren es schon mehr als 60 000. Und auch für die nächsten Monate rechnet man in Israel mit einem anhaltenden Zustrom von rund 6000 Personen monatlich.

In Russland zählt die jüdische Gemeinschaft aktuell noch etwa 160 000 Mitglieder. Hinzu kommen schätzungsweise 40 000 Russen, die ihre jüdische Identität während des kommunistischen Regimes lieber verschwiegen hatten. Sie alle hätten theoretisch ein Einwanderungsrecht nach Israel. In Russland steht darüber hinaus etwa 400 000 Menschen ein Recht auf Einwanderung nach Israel zu, wenn sie die Existenz mindestens eines jüdischen Großelternteils nachweisen können. Seit Wochen sind immer mehr von ihnen verzweifelt auf der Suche nach entsprechenden Dokumenten, weil sie mit einer schnellen Auswanderung nach Israel ihre jungen männlichen Familienmitglieder vor der Zwangsrekrutierung und einem Kriegseinsatz bewahren möchten. Es ist für viele von ihnen ein Rennen gegen die Zeit.

In den ersten Wochen des Ukraine-Krieges lavierte Israel vorsichtig zwischen den Fronten. Es ist nämlich auf das Wohlwollen des Kremls angewiesen, wenn es auch weiterhin im krisengeschüttelten Syrien gegen militärische Einrichtungen des iranischen Ayatollah-Regimes vorgehen will. Und es ging und geht auch um die Sicherheit der in Russland lebenden Juden, die seit Monaten über zunehmende Repressalien seitens der Behörden klagen. Manche von ihnen erhielten auch schon Anrufe ihrer Bank, die mit einem „Einfrieren“ der Guthaben drohte, sollten sie eine Auswanderung nach Israel auch nur ansatzweise versuchen. Gegen die seit Jahrzehnten auch in Russland aktive „Jewish Agency“ laufen immer mehr Gerichtsverfahren, in denen dieser verschiedene Verstöße gegen russisches Recht vorgehalten werden. Zudem trage Israel erheblich zum „Brain-Drain-Phänomen“ bei, der Auswanderung von Akademikern.

Direkt nach Putins Mobilisierungsbefehl waren EL-AL-Flüge von Russland nach Israel im Handumdrehen ausgebaut und auch jetzt werden für ein Ticket teilweise noch Preise von umgerechnet 5000 € aufgerufen. Eine von EL-AL immer wieder geforderte Ausweitung der Lande- und Startrechte lehnte Moskau bisher stets ab. Hinter vorgehaltener Hand war zu erfahren, daß die „Jewish Agency“ jetzt immer häufiger verschlungene Kanäle nutzt, um auswanderungswillige Juden außer Landes zu bringen. (tb)

4 Gesetzesverschärfung bei „Nacht und Nebel“

In einer nächtlichen Sitzung brachte die Bundesregierung Ende Oktober eine Gesetzesänderung auf den Weg, mit der künftig die Leugnung von Kriegsverbrechen unter Strafe gestellt werden soll. Bisher sind bereits die Billigung von Straftaten aller Art (§ 140 Strafgesetzbuch), sowie die Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust (§ 130 Abs. 3 StGB) strafbewehrt. In einem neuen Absatz 5 des „Völkerverhetzungsparagraphen“ 130 StGB sollen nun auch die Leugnung oder „gröbliche“ Verharmlosung von Völkermorden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aller Art unter Strafe gestellt werden, sofern diese Äußerungen geeignet sind, „den öffentlichen Frieden zu stören“. Der vorgesehene Strafrahmen reicht von einer Geldstrafe bis zu drei Jahren Haft.

Die „Süddeutsche Zeitung“ sprach bereits von einer Aufforderung des Gesetzgebers an die Staatsanwaltschaften, „sich von nun an in mehr historische Debatten einzumischen als bisher“. Neue Denk-, Sprech- und Schreibverbote könnte es z.B. in Bezug auf den türkischen Völkermord an den Armeniern von 1915/16 geben und auch die aktuellen Vorgänge in der Ukraine könnten davon berührt sein. „Will die Ampel die Meinungsfreiheit durch politische Strafverfolgung einschränken? Völlig intransparent und im Eiltempo wurde eine fragwürdige Gesetzesverschärfung beschlossen“, sagte dazu die Linke Sahra Wagenknecht. Und weiter die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Deutschen Bundestag, Amira Mohamed Ali: „Inhaltlich führt die Verschärfung dazu, daß nun deutsche Staatsanwaltschaften beurteilen müssen, ob ein Kriegsverbrechen vorliegt.“ Kritik kommt auch von der Deutschen Polizeigewerkschaft, die die Beamten vor das Problem gestellt sieht, in künftigen Stresssituationen ad hoc und möglichst rechtssicher eine Grenze zwischen erlaubten Meinungsäußerungen und in Zukunft strafbaren Aussagen zu ziehen. (tb)

5 „Rassistische oder verschwörerische Ratten“

Die mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ARD, ZDF und Deutschlandfunk verpflichten sich nach außen hin, die weltanschaulichen Überzeugungen anderer zu achten und fallen tatsächlich immer wieder mit sprachlichen Entgleisungen auf, wenn es um die Diffamierung anderer geht. Angesichts der kürzlichen Twitter-Übernahme durch den Tesla-Gründer Elon Musk und dessen Ankündigung, Twitter zu einem „Marktplatz der Debatte“ zu machen, brannten beim ARD-Korrespondenten für die amerikanische Westküste, Nils Dampz, aber offenbar einige Sicherungen durch. In einem Kommentar für die Internetausgabe der „Tagesschau“ schrieb er allen Ernstes: „Musk hat auch angekündigt, daß Twitter zum ‚Marktplatz der Debatte‘ werden solle. Aber auf seinem ‚Marktplatz‘ sollen offenbar auch rassistische oder verschwörerische Ratten aus ihren Löchern kriechen dürfen. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn genau diese Ratten – um im Marktplatzbild zu bleiben – in ihre Löcher zurück geprügelt werden.“

Hier stellt sich als allererstes die Frage, wie ein derartiger Text überhaupt durch die redaktionellen Instanzen kommen konnte, die gerade bei den „Öffentlich-Rechtlichen“ für eine stets politisch korrekte Wortwahl sorgen sollen. Denn Menschen als zu bekämpfende Ratten zu bezeichnen, steht – wenn überhaupt – in der Tradition der Sprache u.a. der Nationalsozialisten. Sehr zu Recht hat die Tagesschau den Kommentar deshalb alsbald korrigiert und für die Wortwahl des Korrespondenten um Entschuldigung gebeten. Und das war leider kein bedauerlicher Einzelfall. Im Dezember letzten Jahres gab beispielsweise die ZDF-Videojournalistin Sarah Bosetti ungeimpften Menschen nicht nur die Schuld an der vierten Corona-Welle, sondern sie bezeichnete diese auch noch als Blinddarm, der „nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes“ sei. Auch das war eine Rhetorik, die zu Nazi-Zeiten gegen Juden eingesetzt wurde.

Es ist anzunehmen, daß sowohl die fraglichen Journalisten als auch ihre Vorgesetzten genug Bildung besitzen, um die Fragwürdigkeit dieser Rhetorik zu erkennen und sich ihrer nicht zu bedienen. Erschwerend kommt hinzu, daß in diesem speziellen Fall die Bürger für ihre eigene Abwertung auch noch Rundfunkgebühren bezahlen müssen. Eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in Deutschland, dessen Rückführung auf wenige Kernaufgaben bei strikter politischer Neutralität, wird immer unumgänglicher! (tb)

6 „Wir fahren mit Braunkohle“

Die Ökobilanz von Elektroautos wird – und dies auch offiziell – mit der Annahme schöngerechnet, daß diese Fahrzeuge mit sogenanntem „Ökostrom“ betrieben würden. Das ist natürlich nicht der Fall, denn beim Laden fließt in deren Akkus stets nur der Strom, der im allgemeinen Stromnetz verfügbar ist. Und das ist stets ein Mix aus Strom, der z.B. mit Windkraft, Sonnenenergie, Kernkraft, Erdgas, Braun- und Steinkohle, Biomasse oder Wasserkraft erzeugt wird. „Ökostrom“-Anbieter können ihren Kunden also lediglich zusagen, dem allgemeinen „Stromsee“ stets mindestens so viel aus sogenannten erneuerbaren Energien erzeugten Strom zuzuführen, wie ihre Kunden verbrauchen. Am Ende muß diese „Bilanz“ stimmen, ob zu jeder Zeit der „Zuflußmix“ genau dem „Entnahmemix“ entspricht, soll besser dahingestellt bleiben.

Es ist schon ein Paradoxon für sich, daß einerseits zum massiven Stromsparen aufgerufen wird, und es andererseits attraktive Prämien für den Umstieg auf ein Elektroauto gibt. Schon heute verbrauchen die auf deutschen Straßen fahrenden E-Autos nach Expertenschätzungen mehr als 5 Terrawattstunden jährlich. Das ist zwar nur gut 1 % des gesamten deutschen Stromverbrauchs (etwa 500 Terrawattstunden), doch schon dieser vergleichsweise kleine Anteil hat es in sich. Denn gerade dieses letzte eine Prozent ist es, das die Stromproduzenten z.B. zwingt, Gaskraftwerke früher als es sonst erforderlich wäre ans Netz zu nehmen. Es war, bitte erinnern wir uns, gerade dieser Strom aus Gas, der die Strompreise vor Monaten regelrecht explodieren ließ.

Und in der Nacht (wenn keine Sonne scheint) ist der Gasstrom-Anteil in vielen Fällen noch deutlich höher als die 10,5 %, die er im Jahresmittel ausmacht. Gerade zu dieser Zeit saugen aber viele Elektroautos den Strom aus der Steckdose. Es gibt dazu zwar keine belastbaren Berechnungen, aber die Vermutung, daß beim Elektroauto-Strom der Gasanteil wegen des oft nächtlichen Ladens noch deutlich höher liegen wird, ist gewiß nicht von der Hand zu weisen. Manche Elektroautos zieren auf der Rückseite Aufkleber, auf denen – sinngemäß – stolz geschrieben steht, daß diese Fahrzeuge mit „grünem Strom“ betrieben würden. Im Einzelfall (z.B. bei einer für das Auto-Aufladen errichteten Photovoltaikanlage im besten Fall noch mit Stromspeicher) mag dies stimmen. Im Regelfall würden aber Aufkleber mit z.B. dem Text „Ich fahre mit Gas oder Braunkohle“ eher der Realität entsprechen.

Von den „großen“ Medien wird das alles aber nicht thematisiert. Denn dann würde sich schnell die Frage nach der Sinnhaftigkeit der großzügigen Subventionen ergeben, mit denen derzeit die Elektromobilität in den Markt gedrückt werden soll . . . (tb)

7 „Klimareparaturen“

Im Mittelpunkt der aktuell laufenden, sogenannten „UN-Klimakonferenz“ im ägyptischen Sharm El Sheik wird die Frage angeblicher „Reparationsforderungen“ der Entwicklungsländer wegen einer angeblich von den Industriestaaten ausgelösten Erderwärmung stehen. Man braucht nicht viel Phantasie um zu befürchten, daß die Vertreter Deutschlands wieder als erste „Hier“ rufen werden, wenn es ans Zahlen geht.

Die „Argumentation“ ist wohlbekannt: Eine angeblich von den Industrienationen ausgelöste Erderwärmung mit immer wechselhafterem Wetter, Überschwemmungen, Trockenheit und anderen Wetterkapriolen sei ursächlich für die vor allem auf der südlichen Erdhalbkugel zu beobachtenden wirtschaftlichen Misserfolge. In einer Stellungnahme des Weltwirtschaftsforums WEF heißt es dazu vielsagend: „Es wird erwartet, daß sich das Treffen auf die Frage konzentrieren wird, ob die wohlhabenden Nationen, die den größten Teil des Kohlendioxids ausgestoßen haben, das historisch gesehen den Klimawandel anheizt, die Entwicklungsländer (die nicht wesentlich zu diesem Problem beigetragen haben und am wenigsten auf seine Auswirkungen vorbereitet sind) für ‚Verluste und Schäden‘ entschädigen sollten.“

Nur zur Erinnerung: Das von dem Deutschen Klaus Schwab dominierte WEF steht für die Idee eines „Great Resets“, an dessen Ende in den Industrienationen – allen voran Deutschland – niemand mehr etwas besitzen und auch noch froh darüber sein soll . . . (tb)

8 Zentralbanken kauften Gold-Rekordmenge

Weltweit haben die Zentralbanken im dritten Quartal 2022 eine Rekordmenge an Gold gekauft. Laut „World Gold Council“ kauften die Zentralbanken in diesem Quartal fast 400 Tonnen Gold, mehr als viermal so viel wie im Vorjahreszeitraum. Und der neue Rekord ist auch fast doppelt so hoch wie die bisherige Spitzenmenge eines Quartals. Diese wurde im dritten Quartal 2018 erreicht, als die Zentralbanken gut 240 Tonnen des gelben Edelmetalls erworben hatten. Von den Goldkäufen der Zentralbanken wären natürlich noch deren Verkäufe abzuziehen, was in den vorgenannten Zahlen nicht enthalten ist. Hierzu bleibt aber festzustellen, daß das 3. Quartal 2022 zugleich das achte Quartal in Folge (!) war, in dem die Zentralbanken ihre Goldbestände insgesamt gesehen erhöhten. (tb)

9 Geldpolitischer Feldversuch in der Türkei

Die allgemeine Teuerungsrate hat in der Türkei bereits das Niveau von 85,5 % gegenüber dem Vorjahr erreicht. Die Erzeugerpreise stiegen sogar um 157,7 %, wie es die Regierung in ihrer Statistik ausweist.

Statt auf diese massive Inflation u.a. mit einer Reduzierung der Geldmenge (und daraus resultierend steigenden Zinsen) zu antworten, entschied sich die türkische Notenbank für das Gegenteil und damit eine weiter ausufernde Inflation. Sie setzt damit eine schon seit geraumer Zeit praktizierte Inflationspolitik fort, von der vor allem der Staat u.a. in Form niedriger Zinsen für die Staatsschulden profitiert. Diese Geldpolitik dürfte nach Auffassung mancher kritischer Experten den westlichen Notenbanken wie der FED (Federal Reserve der USA) und EZB (Europäische Zentralbank) als eine Art Feldversuch dienen. Denn diese befinden sich – allen kürzlichen und angesichts der Lage eher bescheidenen Zinserhöhungsbeschlüssen zum Trotz – im Frühstadium eines ähnlichen Kurses, wobei die Staatsschulden gemessen am Bruttosozialprodukt in den westlichen Ländern oft noch deutlich höher sind als die der Türkei.

Wie das Geldexperiment in der Türkei enden wird, wird mit Spannung zu beobachten sein. Euro und US-Dollar dürften aber bereits am Beginn eines ähnlichen Verlaufes stehen, weder EZB noch FED scheinen ihrer Pflicht zur Erhaltung der Geldwertstabilität wirklich Folge leisten zu wollen. Immer mehr kritische Beobachter sehen darin einen eklatanten Rechtsbruch, bei dem die Zentralbanken aber von der Politik und den Gerichten eine bisher weitgehende Unterstützung erfahren. (eh)

10 Man klagt über Inflation und wünscht eine inflationäre Politik

„Das Volk klagt über Inflation, aber es unterstützt begeistert diejenigen politischen Maßnahmen, die nur mit Inflation verwirklicht werden können“, hatte bereits der bedeutende Ökonom Ludwig von Mises erkannt. Das hat sich bis heute nicht geändert und alles deutet darauf hin, daß wir demnächst das Platzen der Blasen aller Blasen miterleben müssen – das Platzen der Illusion, wir könnten extremen Wohlstand auch ohne Anstrengung, Leistung und manche Mühsal erreichen und halten. Wir alle sind im Begriff, einen Teil unseres in jahrzehntelanger Arbeit – auch unserer Vorfahren – erarbeiteten Wohlstands teilweise wieder zu verlieren.

Für den Einzelnen wird es dabei praktisch keine Möglichkeit geben, sich diesem Geschehen zu entziehen. Und leider wird auch derjenige irren, der meint, nach einem schwierigen Jahr 2022 wird sich alles schon wieder normalisieren. Zu groß ist die inzwischen geschaffene Geldmenge, bei der jeder einzelne Euro, Dollar oder Yen für die fehlgeleitete Vorstellung eines ohne Arbeit erreichbaren, ewigen Wohlstandes steht.

Zu allem Überdruß gibt der Ukrainekrieg nun auch den Verantwortlichen die Möglichkeit, die Verantwortung für dieses kollektive Versagen von sich abzuweisen und dem Kriegsgeschehen in der Ukraine, wenn nicht gar Russland oder Wladimir Putin persönlich anzulasten. Mancher Verantwortlicher dürfte darüber sogar eine gewisse Dankbarkeit für das Geschehen in der Ukraine entwickeln . . .

Allmählich wird in den westlichen Staaten immer mehr Menschen klar, daß die Vorstellung, einen andernorts unbekanntem Wohlstand ohne erkennbare Anstrengungen erreichen und halten zu können, eine Illusion war. Man glaubte, Arbeit und Leistung zum Laster umdefinieren zu können und man kümmerte sich um Probleme (z.B. beim „Gendern“), die es realistisch gesehen gar nicht gibt. Man suhlt sich in seiner Wohlstandsverwahrlosung und manche scheinen noch immer zu glauben, daß Probleme wie von selbst verschwinden, wenn man sie nur lange genug ignoriert. Wer noch immer an die „Kraft des Gelddrucks“ glaubt, ist nichts anderes als ein Illusionist, der eines Tages ebenfalls wird erkennen müssen, daß man theoretisch zwar noch immer Geld drucken kann – doch mangels Werthaltigkeit wird man sich dann dafür kein Auto, kein Haus, kein Gold und auch kein Brot mehr kaufen können. Es sind Erfahrungen, die unsere Vorfahren im letzten Jahrhundert mindestens zweimal machen mußten – und von denen heute kaum mehr jemand etwas wissen möchte.

Vielleicht bestände noch die Chance, den drohenden „Knall“ mit einem Rückbau des Sozialstaates, einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters, einer „Rehabilitierung“ von Arbeit und Leistungen und etlichen weiteren unpopulären Maßnahmen zu vermeiden oder zumindest abzuschwächen. Doch noch muß jeder Politiker, das sei zur Ehrenrettung dieser Kaste auch einmal gesagt, dann damit rechnen, sinnbildlich mit Schimpf und Schande aus dem Parlament gejagt zu werden. Mit dem Eingehen einer Politik des massenhaften Zentralbankgeldes haben Politik und Eliten vor Jahren die Grundlage für das derzeitige und kommende Desaster gelegt. Daß man nun wie das sprichwörtliche Kaninchen auf die Schlange starrt, daran haben etliche Wähler allerdings auch eine nicht unerhebliche Mitschuld. (tb)

11 Für Sie aufgelesen:

„Bedauernd schüttelt der Arzt den Kopf: ‚Sie werden mit dieser Krankheit leben müssen. Es ist ein vererbtes Leiden.‘ – ‚Gut Herr Doktor, dann schicken Sie die Rechnung bitte an meinen Vater.‘“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.